Stand: 17.10.2026 08:06:38

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/9391

"Gentechnik-Kennzeichnung sichern - Wahlfreiheit erhalten - Bayern gentechnikfrei bewahren"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/9391 vom 10.12.2025
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/11539 des UV vom 12.03.2026
3. Beschluss des Plenums 19/11621 vom 21.04.2026
4. Plenarprotokoll Nr. 75 vom 21.04.2026

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 10.12.2025 **Drucksache 19/9391**

Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller, Laura Weber, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Ursula Sowa, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Gentechnik-Kennzeichnung sichern – Wahlfreiheit erhalten – Bayern gentechnikfrei bewahren

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. sich auf europäischer Ebene gegenüber der EU-Kommission, dem Rat der Europäischen Union und den Mitgliedern des Europäischen Parlaments mit Nachdruck dafür einzusetzen,
   - dass Lebensmittel, die mithilfe klassischer Gentechnik oder neuer genomischer Techniken (NGT) hergestellt wurden, sowie Lebensmittel, die aus gentechnisch veränderten Pflanzen oder Pflanzen aus neuer Gentechnik bestehen oder solche enthalten, weiterhin einer verpflichtenden, klaren und für Verbraucherinnen und Verbraucher gut erkennbaren Kennzeichnungspflicht unterliegen,
   - dass für alle mit neuer Gentechnik erzeugten Pflanzen umfassende Umwelt- und Gesundheitsrisikoprüfungen, eine wirksame Rückverfolgbarkeit entlang der gesamten Wertschöpfungskette sowie ein verbindliches Umweltmonitoring gewährleistet werden,
   - dass ein wirksames Patentierungsverbot für Pflanzen, Tiere und deren natürlich vorkommende genetische Eigenschaften verankert wird, um eine weitere Konzentration der Marktmacht großer Agrarkonzerne zu verhindern und die Züchtungsfreiheit kleiner und mittlerer Züchtungsunternehmen sowie die Saatgutsouveränität der Landwirtschaft zu schützen.
2. sich auf Bundesebene gegenüber der Bundesregierung, insbesondere gegenüber dem Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat sowie dem Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit, dafür einzusetzen,
   - dass auch nach Inkrafttreten der neuen EU-Regelungen eine umfassende, für Verbraucherinnen und Verbraucher verständliche Kennzeichnungspflicht für alle mit Gentechnik bzw. neuer Gentechnik hergestellten Lebensmittel in Deutschland erhalten bleibt oder – soweit europarechtlich erforderlich – erneut eingeführt und rechtssicher abgesichert wird,
   - dass das Vorsorgeprinzip im deutschen Gentechnik-, Naturschutz- und Lebensmittelrecht uneingeschränkt gewahrt bleibt, einschließlich verpflichtender Risikoprüfung, Rückrufmöglichkeiten und wirksamer behördlicher Kontrollen,
   - dass die Bundesregierung im Rat der Europäischen Union das Ergebnis der Trilogverhandlungen zur Deregulierung neuer Gentechnik ablehnt, solange keine verpflichtende Kennzeichnung, keine umfassende Rückverfolgbarkeit,

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

kein Umweltmonitoring und kein klares Patentverbot für Pflanzen und ihre genetischen Eigenschaften gewährleistet sind.

3. auf Landesebene alle Möglichkeiten des Freistaates zu nutzen,
   - um die Gentechnikanbaufreiheit Bayerns dauerhaft zu sichern und auszubauen, insbesondere durch konsequente Anwendung und – wo erforderlich – Weiterentwicklung des bayerischen Naturschutz- und Gentechnikrechts,
   - um im Rahmen der EU- und bundesrechtlichen Spielräume den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen einschließlich NGT-Pflanzen auf Bayerns Feldern zu verhindern, die gentechnikfreie und ökologische Landwirtschaft zu schützen,
   - um sich im Falle der unerwünschten, aber rechtlich unvermeidbaren Koexistenz diese so zu regeln, dass Mehrkosten und Risiken nicht den gentechnikfrei wirtschaftenden Betrieben aufgebürdet werden,
   - um sich weiterhin aktiv im Europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen zu engagieren und dieses Bündnis gemeinsam mit anderen Regionen für eine konsequente Beibehaltung der Kennzeichnungspflichten und des Vorsorgeprinzips zu nutzen.
4. sich gemeinsam mit Verbänden, Unternehmen der Lebensmittelwirtschaft, Verbraucher- und Umweltorganisationen sowie Kommunen öffentlich für den Erhalt der Wahlfreiheit der Verbraucherinnen und Verbraucher durch Kennzeichnungspflichten, für die Sicherung gentechnikfreier Wertschöpfungsketten und für ein gentechnikfreies Bayern einzusetzen.

Begründung:

Die in den nächtlichen Trilogverhandlungen unter dänischer Ratspräsidentschaft erzielte politische Einigung zur Deregulierung von mit neuen Gentechniken erzeugten Pflanzen sieht vor, dass ein Großteil der künftigen NGT-Pflanzen ohne vollumfängliche Risikoprüfung, ohne verpflichtende Rückverfolgbarkeit und ohne Kennzeichnung als gentechnisch verändert auf europäische Felder und in die Supermarktregale gelangen kann. Damit drohen Verbraucherinnen und Verbraucher ihre Wahlfreiheit zu verlieren, ökologische und gentechnikfrei wirtschaftende Betriebe geraten durch steigende Absicherungskosten unter Druck, und das Vorsorgeprinzip wird faktisch ausgehöhlt.

Gleichzeitig ermöglichen die geplanten Regelungen weitreichende Patente auf Pflanzen und deren genetische Eigenschaften, einschließlich solcher Merkmale, die auch in der Natur vorkommen, und verstärken damit die Marktmacht weniger globaler Konzerne zulasten von Vielfalt, regionaler Wertschöpfung und mittelständischer Züchtungsbetriebe. In Bayern werden seit 2009 keine gentechnisch veränderten Pflanzen mehr angebaut oder zu Forschungszwecken freigesetzt; der Freistaat hat sich im Europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen klar für den Schutz gentechnikfreier Landwirtschaft positioniert. Diese Position muss auch die Neuen Gentechniken einschließen. Angesichts der geplanten Deregulierung ist es umso wichtiger, Kennzeichnungspflichten, Rückverfolgbarkeit und das Vorsorgeprinzip zu verteidigen und Bayerns Gentechnikanbaufreiheit konsequent zu sichern.

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 12.03.2026 **Drucksache** 19/**11539**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 19/**9391**

Gentechnik-Kennzeichnung sichern - Wahlfreiheit erhalten - Bayern gentechnikfrei bewahren

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatterin: **Laura Weber**
Mitberichterstatterin: **Tanja Schorer-Dremel**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 35. Sitzung am 12. März 2026 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   FREIE WÄHLER: Ablehnung
   AfD: Ablehnung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   SPD: Zustimmung
   Ablehnung empfohlen.

Alexander Flierl
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 21.04.2026 **Drucksache** 19/**11621**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller, Laura Weber, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Ursula Sowa, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 19/**9391**, 19/**11539**

Gentechnik-Kennzeichnung sichern – Wahlfreiheit erhalten – Bayern gentechnikfrei bewahren

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Ich rufe nun den **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 6)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmliste.

(Siehe Anlage 6)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU, FREIE WÄHLER, AfD-Fraktion, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Liegen nicht vor. Stimmenthaltungen? – Ebenso nicht. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Wir sind am Ende der Tagesordnung. Ich danke für die konstruktive Beratung und wünsche einen schönen Abend. Bis morgen um 9 Uhr.

(Schluss: 19:24 Uhr)

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 6)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 24. März 2026 (Vf. 7-VII-26) betreffend
   Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
   1. des Art. 26 Abs. 5 Satz 2 des Bayerischen Beamtenversorgungsgesetzes (BayBeamtVG) vom 5. August 2010 (GVBl. S. 410, 528, 764, BayRS 2033-1-1-F), das zuletzt durch die §§ 7, 8 und 9 des Gesetzes vom 23. Dezember 2025 (GVBl. S. 643) geändert worden ist,
   2. „ersatzweise“ des Art. 69 BayBeamtVG „i. V. m.“ Art. 35, 36 des Bayerischen Besoldungsgesetzes (BayBesG) vom 5. August 2010 (GVBl. S. 410, 764, BayRS 2032-1-1-F), das zuletzt durch die §§ 3, 4 und 5 des Gesetzes vom 23. Dezember 2025 (GVBl. S. 643), geändert worden ist, und der Anlage 5 (Orts- und Familienzuschlag) zu diesem Gesetz

   PII-3001-2-46
   Drs. 19/11565 (G)

   Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

   I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
   II. Die Klage ist zulässig, aber unbegründet.
   III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Dr. Alexander Dietrich bestellt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	A	A

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 30. März 2026 (Vf. 8-VII-26) betreffend
Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
des Art. 31 Abs. 3 der Gemeindeordnung (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. August 1998 (GVBl. S. 796, 797, BayRS 2020-1-1-I), die zuletzt durch § 1 des Gesetzes vom 23. Dezember 2025 (GVBl. S. 637) geändert worden ist
PII-3001-2-47
Drs. 19/11566 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
II. Die Klage ist zulässig, aber unbegründet.
III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Dr. Alexander Dietrich bestellt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

Anträge

3. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Florian von Brunn, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Für eine kosteneffiziente Energiewende:
Mehr Technologieoffenheit in der Kraftwerksstrategie sicherstellen
Drs. 19/9258, 19/11554 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

4. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anpack-Pakt 2026 – Abmachungen aus dem Zukunftsvertrag Landwirtschaft 2023 endlich einlösen
Drs. 19/9371, 19/11546 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

5. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Planungsbeschleunigungs- und Bürokratieabbaupaket für Infrastrukturvorhaben
Drs. 19/9386, 19/11555 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	ENTH	Z

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gentechnik-Kennzeichnung sichern – Wahlfreiheit erhalten – Bayern gentechnikfrei bewahren
Drs. 19/9391, 19/11539 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

7. Antrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Thomas Huber, Josef Zellmeier u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht der Beauftragten der Staatsregierung für Aussiedler und Vertriebene
Drs. 19/9667, 19/11538 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

8. Antrag der Abgeordneten Sascha Schnürer, Thomas Huber, Bernhard Seidenath u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Ausrichtung praxisrelevanter Digitalisierung an den Erfordernissen der ambulant tätigen Praxen
Drs. 19/9704, 19/11543 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

9. Antrag der Abgeordneten Sascha Schnürer, Thomas Huber, Bernhard Seidenath u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Schaffung eines Praxen-Zukunfts-Gesetz (PZG) zur Förderung notwendiger Investitionen für die Modernisierung der IT-Ausstattung und Gewährleistung von Informations- und Cybersicherheit in den Praxen von niedergelassenen Ärzten und Psychotherapeuten
Drs. 19/9705, 19/11544 (ENTH)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

10. Antrag der Abgeordneten Sascha Schnürer, Thomas Huber, Helmut Schnotz u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht über die Situation des Borna Disease Virus 1 (BoDV-1) in Bayern mit besonderem Blick auf die Gemeinde Maitenbeth im Landkreis Mühldorf am Inn und Pfaffenhofen an der Ilm.
Drs. 19/9708, 19/11545 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

11. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Richard Graupner u.a. und Fraktion (AfD)
Schutz der Meinungs- und Informationsfreiheit –
Gegen ein Sonderstrafrecht für politische Eliten und gegen staatliche Kontrolle öffentlicher Debattenräume
Drs. 19/9858, 19/11559 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

12. Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Holger Grießhammer, Doris Rauscher u.a. SPD
Kein Steuergeld für Wirtschaftsgipfel am Tegernsee –
Compliance-Prüfung in Sachen Weimer veröffentlichen!
Drs. 19/9883, 19/11556 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

13. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Für eine nachhaltige und sozial gerechte Landespolitik: Bayern zum Fairtrade-Bundesland machen
Drs. 19/9910, 19/11548 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

14. Antrag der Abgeordneten Dr. Andrea Behr, Alexander Flierl, Petra Högl u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Einsatz von Klärschlammasche als Düngemittel – „End of Waste“-Regelung vorantreiben
Drs. 19/9977, 19/11540 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	ENTH	A	A

15. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Teure fossile Abhängigkeiten beenden – Erdölbohrungen in Bayern stoppen
Drs. 19/9991, 19/11557 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

16. Antrag der Abgeordneten Alexander Flierl, Tanja Schorer-Dremel, Volker Bauer u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Unterstützung nachhaltiger Textilkreisläufe – Bewusstseinsbildung zu "Fast Fashion" verstärken
Drs. 19/9996, 19/11541 (ENTH)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

17. Antrag der Abgeordneten Alexander Flierl, Tanja Schorer-Dremel, Volker Bauer u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bürokratieabbau beim Einweg-Kunststoff-Fonds-Gesetz (EWKFondsG) – EU-Richtlinienkonforme und mittelstandsfreundliche Auslegung durch das Umweltbundesamt sicherstellen
Drs. 19/10003, 19/11542 (G)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

18. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Alexander Flierl, Tanja Schorer-Dremel, Volker Bauer u.a. CSU
Direktvermarkter & Co. entlasten. Herstellerverantwortung für Verpackungen und Abfälle ja – Bürokratie nein!
Drs. 19/10027, 19/11459 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

19. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Petra Högl, Tanja Schorer-Dremel, Leo Dietz u.a. CSU
Land für Landwirte – Doppelbesteuerung beim Vorkaufsrecht abschaffen!
Drs. 19/10054, 19/11547 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

20. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Leere Gasspeicher - Versorgungssicherheit in Bayern wiederherstellen
Drs. 19/10071, 19/11558

Der Antrag wird für erledigt erklärt.